

Adressenverzeichnis

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrundstr. 3

64. Jahrgang

Berlin, den 12. Juni 1926

Nummer 46

Bekanntmachung

In Übereinstimmung mit den zuständigen Kreis- bzw. Gauleitungen der am Tarifvertrag beteiligten Organisationen ist gemäß § 25 Ziff. 1 des Deutschen Buchdruckertarifs im Schiedsamtbezirk VI für den Bereich Westfalen ein neues Schiedsamt mit dem Sitz in Weimar errichtet worden. Die Abgrenzung der Zuständigkeitsbezirke der Schiedsämter für Ost- und Westfalen wurde wie folgt festgesetzt:

W e i m a r. (Westfalen) Kreise Minden, Gera, Jena, Stadtroda, Greiz, Schleiz, Saalfeld, Rudolstadt, Sonneberg, Ziegenrück sowie Kreisabteilung Camburg.

W e i m a r. (Westfalen) Kreise Apsola, Arnstadt, Eisenach, Gotha, Hildburghausen, Meiningen, Sondershausen, Weimar, Schmalkalden, Regierungsbezirk Erfurt mit Ausnahme des Kreises Ziegenrück, Bezirk Naumburg.

Das im Tarif unter Bezirk VI verzeichnete Schiedsamt in Naumburg kommt in Fortfall.

Berlin, den 8. Juni 1926.

Deutscher Buchdrucker-Verein E. V.
Sternheim, Dr. Woelck.
Verband der Deutschen Buchdrucker.
Jof. Seib, Otto Krauß.
Gutenbergsbund.
P. Ehrhardt.

Zum Verbandstag

Weitrags- und Unterstützungsfragen

Vor einer schweren, verantwortungsvollen Aufgabe steht der 13. ordentliche Verbandstag. 151 Anträge befassen sich allein mit dem Unterstützungswesen, vor allem dem für die Invaliden. Ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung dieser Unterstützung ist deshalb gestattet. 1797 schon hatten die Berliner Kollegen eine Invalidenunterstützung eingeführt. Eine einheitliche zentrale Organisation dieser Unterstützung beginnt erst 1868 mit der neugegründeten Invalidenkasse des Verbandes, die im Unterstützungsverein aufging und nach dem Kampfschaffen mit einem Vermögen von etwa einer Million Mark 1893 liquidierte. Ihr folgte die heutige Invalidenunterstützung des Verbandes, die nun länger als 33 Jahre mit einer Quote von 20 Pf. des Beitrags unser invaliden Kollegen den Daseinstampf erleichtert. Die finanziellen Folgen der Kriegsjahre, aber noch mehr die Inflation der Jahre 1921—23 haben einen fürchterlichen Verlust des Verbandesvermögens, das speziell für die Invalidenunterstützung in Frage kommt, gebracht.

Nach dem Dawes-Vertrag mußte Deutschland schuldenfrei sein; es soll von 1923 an jährlich 2½ Goldmilliarden, d. h. — verständlicher gesagt — täglich 7 Goldmillionen an die Siegerstaaten abliefern. Die Folge davon bildete zunächst das Aufwertungsgezet, das mit seinen Bestimmungen den Gläubigern des Staates, der Kommunen und der öffentlichen Anstalten ihre Rechte nahm ohne Unterschied, ob der Erwerb der Staatswerte vor dem Kriege mit gutem Geld (wie durch den Verband), während des Krieges oder in der Inflationszeit geschah. Am Schluß der Inflation war dadurch das Verbandesvermögen von 10½ Millionen Mark (pro Mitglied 154 M.) 1913 auf 563 258,62 M. (pro Mitglied 8,34 M.) Ende 1923 herabgesunken, d. h. es blieb aus der Inflation dem Verband nur ein Achtzehntel seines Vermögens aus der Vorkriegszeit. Die Generalversammlungen in Hannover und Danzig hatten fünf Millionen, das war ungefähr die Hälfte des oben angegebenen Vorkriegesvermögens von 10½ Millionen, für die Zwecke der Invalidenunterstützung als Fonds sichergestellt. Mit dem Verlust des Vermögens kam aber gleichzeitig auch der Verlust der Zinsen, 1913 398 864,22 M., eine Summe, die damals die jährliche Invalidenunterstützung vollständig deckte, die aber für das Jahr 1924 sich nur noch auf 62 654 M. (1/16 von 1913) stellte. Der Vorstand und der Verbandstag in Leipzig waren in Hinblick dieser trüben Entwicklung gezwungen, die Bezüge aller Unterstützten

herabzusetzen. Und so zeigen die Jahre 1922/23 die geringsten Ziffern als Illustration der Not, weil es unsern Mitgliedern nicht möglich war, mit den Unterstützungen auszukommen, und sie darauf notgedrungen verzichten mußten. Unser Unterstützungsweisen den Vorkriegesverhältnissen einigermaßen wieder anzupassen, ist deshalb eine brennende Frage geworden. Eine Besserung ist aber nur dann möglich, wenn die Vermögenslage und die Vorkriegeszinzen dabei in Betracht gezogen werden. Die hier folgenden Tabellen I und II zeigen die Vorkriegesjahre 1910—1913 und 1921—1925 und geben ein Bild der hauptsächlichsten in Betracht kommenden Einnahmen und Ausgaben. Bei der Tabelle II ist aber besonders zu beachten, daß, um überhaupt einen Vergleich zu ermöglichen, alle Papiermarkziffern in Goldmarkziffern umgerechnet sind nach dem Aufwertungsgezet (für 1921 100 Papiermark = 1,43 Goldmark, für 1922 10 000 Papiermark = 2,04 Goldmark).

Tabelle I

Beiträge und Extrabeiträge		Rücklage ohne Zinsen u. beford. Einnahmen		Zinsen		Gesamtvermögen	
M.	pro 1000 M.	M.	pro 1000 M.	M.	pro 1000 M.	M.	pro 1000 M.
1910	253.583,30	176.154,92	2,84	300.535,02	4,85	8207.361,44	132,50
1911	3268.738,00	459.123,20	7,07	332.973,45	4,85	8008.458,18	138,88
1912	487.249,87	361.828,14	5,37	109.004,60	6,08	9.768.791,48	145,24
1913	892.003,54	490.450,09	7,12	99.864,22	5,78	10.638.111,75	154,51
Durchschn.	53,20	5,00	5,39				
1921	228.048,81	148.381,11	1,10	119.75,42	0,15	394.621,53	5,25
1922	2.860,14	3.465,37	0,01	291,10	—	9.412,57	0,13
1923	182.035,51	523.946,08	8,33	123,58	0,02	563.258,62	8,34
1924	630.632,13	1.004.404,23	23,58	62.854,45	0,87	2.222.317,94	32,28
1925	1.050.411,41	1.224.822,71	13,43	10.969,75	1,61	3.677.871,58	46,35
Durchschn.	73,45	10,91%					

und demnach eine gleichmäßige Entwicklung aufweist, läßt sich mit 1921—1925 nur mit äußerster Vorsicht zum Vergleich heranziehen. 1925 zeigt schon bei den geringen Unterstützungen ein Herausgehen auf die Hälfte der Kosten pro Mitglied für 1910—1913. Als Folge der heutigen schlechten Wirtschaftsverhältnisse steigt die Krankenziffer im allgemeinen. Die Berliner Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe hatte 1925 im Durchschnitt 5 Proz. Kranke, die Leipziger Allgemeine Ortskrankenkasse mußte mit Wirkung vom 4. Januar 1926 den Beitragsatz von 5½ auf 6 Proz. erhöhen, die Leistungen von 60 auf 55 Proz. herabsetzen. Ein Herausgehen auf 5 Proz. Krankheit soll man deshalb nicht außer acht lassen. (Siehe auch „Korr.“ Nr. 58, 1918, Vor der Entscheidung.)

Für die Invalidenunterstützung, die im Durchschnitt 1910/13 pro Mitglied 5,20 M. erforderte, wird das Jahr 1925 denselben Satz sicher erreichen, aber unter ganz veränderten Verhältnissen. Die Mitgliederzunahme beträgt 10,50 Proz., die Invalidenzunahme aber 28,81 Proz.; während in den Jahren 1910 bis 1913 etwa 400 000 M. Zinsen zur Verfügung standen, wird für 1925 wohl nur ein Sechstel von dieser Summe Verwendung finden, die Ausgabe für die Invaliden aber trotz der verminderten Sätze die Höhe der Vorkriegszeit für 1925 erreichen. Diese Differenz auszugleichen, ist dringende Aufgabe des Verbandstags, sollen die gewerkschaftlichen Aufgaben nicht leiden. Im Durchschnitt der Jahre 1914 bis 1917 stieg die Invalidenunterstützung auf 13,88 M. pro Mitglied, und nur die Zinsen des sogenannten Invalidenreserververmögens ermöglichten damals die Zahlungen (siehe auch „Korr.“, Nr. 58, 1918, a. a. D.). Die Beitragsquote von 20 Pf. genügt für eine weitere Entwicklung nicht mehr. 50 Jahre

Tabelle II

Jahre	Mitglieder	Zunahme bzw. Abnahme	Arbeitslosenunterstützung		Krankenunterstützung		Invalidenunterstützung		Zahl der Invaliden	Verwaltungskosten Vergütung an die Gane			
			M.	pro 1000 M.	in Prozent	M.	pro 1000 M.	in Prozent		M.	in Prozent		
1910	61.938	+2.000	975.114,-	15,74	4,59	285.568,28	15,14	3.193,29	5,15	1,30	808	162.846,11	5
1911	64.793	+2.855	920.012,75	14,08	4,-	977.420,56	15,08	3.341,25	5,10	1,34	868	169.040,13	5
1912	67.778	+2.985	1.151.600,75	17,12	4,75	906.915,90	13,48	3.561,42	5,33	1,37	925	174.812,09	5
1913	68.915	+1.639	1.255.966,50	18,22	5,50	964.425,99	13,93	3.818,60	5,54	1,43	987	190.185,24	5
Durchschn.	65,70		16,20			14,41					897	175.871,15	
1921	75.547	+2.739	20.317,41	0,27	2,35	21.180,96	0,28	9.574,45	0,12	1,44	1087	90.099,85	
1922	72.976	-2.571	4.032,91	0,05	3,-	2.053,98	0,03	1.195,77	0,01	1,47	1075	2.892,01	
1923	71.024	-1.952	19.238,91	0,28	12,30	1.062,74	1,01	1.479,04	0,02	1,68	1.133	30.420,80	
1924	71.024	+4.487	327.241,08	4,55	5,70	431.480,06	5,99	2.751,71	4,82	1,74	1.253	583.646,59	
1925	79.340	+10,9%	249.974,06	3,30	0,95	1.066.693,45	7,34	582.733,30	4,88	1,78	1.411	739.240,15	
Durchschn.	73.453										1193		
											Zunahme 28,81%		

Bei den Einnahmen zeigen die Beiträge erst im Jahre 1924 eine ungefähre gleiche Höhe wie 1910—1913, nur daß dabei die Durchschnittsmittgliedsleistung mit 50,47 M. noch um 3 M. niedriger bleibt. Bei den Rücklagen bietet 1923 eine etwas höhere Summe wie 1913, es liegen aber 437 625 M. Aufgeld infolge Aufwertung abgeschrieben Hypotheken und Darlehen darin, also aus dem Vorkriegesvermögen stammend. Die Rücklage 1924 mit 1 096 404,89 M., die bisher höchste, wäre sehr erfreulich, wenn hier nicht der geringe Zinseingang von 626 45,45 M. (0,87 M. pro Mitglied, in den Vorkriegesjahren aber 5,39 M.) gegenüberstände. Bei dem Gesamtvermögen sei noch besonders darauf hingewiesen, daß trotz der Höhe von 3 677 871 M. (pro Mitglied 46,35 M.), in welcher rund zwei Millionen Mark Grund- und Hauswert enthalten, der Anteil des Mitgliedes 1913 aber 154,50 M. betrug.

Die Arbeitslosenunterstützung, die in den Vorkriegesjahren 1910—1913 pro Mitglied 16,20 M. erforderte, in den Kriegsjahren 1914—1917 auf 17,51 M. stieg, hat in den letzten fünf Vergleichsjahren noch nicht den vierten Teil erfordert (1924: 5,70 M.). Es wäre aber eine große Täuschung, hieraus auf eine dauernde Besserung zu schließen. Das Jahr 1923 hatte 12,3 Proz. Arbeitslose im Beruf, im 4. Quartal sogar 35,7 Proz. (Siehe auch „Korr.“ Nr. 37, 1911, 25 Jahre Arbeitslosenunterstützung.) Das Wirtschaftsbrotzometer steht auf unbeständig. Solange der Wirtschaftskrieg gegen Deutschland weitergeht, ist auf Besserung der inneren Verhältnisse nicht zu hoffen.

Die Krankenunterstützung, die 1910—1913 im Durchschnitt sich pro Mitglied auf 14,18 M. jährlich stellte

lang besteht nun diese Beitragsquote, die das Menschengemittel für die Mitglieder geleistet hat. Man erwäge einmal, daß dabei nach 2000 Beiträgen (also einer 40jährigen Mitgliedschaft) sich im günstigsten Falle eine Zahlung von 420 M. pro Mitglied (ohne Zinsen) ergibt, damit läßt sich eine Unterstützung, wie sie die unser Invaliden ist, nicht dauernd leisten. Wie sich die Beiträge der Gegenwart verändert haben, zeigt folgende Tabelle der Reichsinvalidenversicherung, wo die Beiträge 3. B. der V. Klasse (über 21 bis 30 M.) sich von 36 Pf. auf 1,20 M. (also etwa das Dreifache) erhöht haben.

Klasse	1908		1926		Arbeitsverbleib
	Beitrag M.	1/2 Arbeitsnehmer M.	Beitrag M.	1/2 Arbeitsnehmer M.	
I	0,14	0,07	0,25	—	6,—
II	0,20	0,10	0,50	0,25	6—12
III	0,24	0,12	0,70	0,35	12—18
IV	0,30	0,15	1,—	0,50	18—24
V	0,36	0,18	1,20	0,60	24—30
VI			1,40	0,70	über 30

Auch die neue Versorgungsanstalt der Deutschen Reichspost für die Angestellten, Telegraphenarbeiter und Postagenten, die erst am 1. April 1926 in Wirksamkeit getreten, fordert bei einem Einkommen von 2000—2000 M. einen Pflichtbeitrag von 1,10 M. (!!) wöchentlich, zu welchem die Postverwaltung noch 2,20 M. (!!) gutkennet, und diese Kasse ist auch nur eine Zuschußkasse zur Reichsinvalidenversicherung in allen ihren Bezirken für die Angehörigen, Telegraphenarbeiter und Postagenten. Einen Bei-

trag von 50 bis 60 Pf. forderte schon in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts der Versicherungsmathematiker Dr. Zimmer für die Invalidenklasse des Unterstiftungsvereins vom versicherungstechnischen Standpunkt, was damals nicht durchführbar war. (Siehe „Zur Invalidenunterstützung“, „Korr.“ Nr. 41, 1908.) Heute wären die 20 Pf. Verbandshausbeitrag, nachdem dieselben ihre Aufgabe erfüllt, für die Stärkung des Invalidenvermögens dringend notwendig. Den Jahresfonds von 100 M. pro Mitglied wieder zu erreichen, muß das Ziel des nächsten Jahrzehnts bleiben. (Die Bankbeamten haben heute eine Pensionstufe von 40 Millionen Mark Vermögen.) Allein die Anlage dieser Gelder muß auch zum Teil in Boden- und Gebäudewerten bestehen, die uns vor solchen Verlusten schützt wie in den Inflationsjahren und ihren Nachfolgern. Unvergessen bleibe hier als Mahnung aus der Verbandsbilanz am 31. März 1924, wo der Vorrat an Korrespondenzpapier 4 026,24 Goldmark und der ganze Bestand an Wertpapieren, die Bilanzlage von 30 Jahren, ganze 6 603,80 Goldmark betrug.

Während das Lohnniveau rein ziffernmäßig (nicht dem Werte nach) um 40 Proz. für die Kollegenschaft sich erhöht hat, muß der Invalide mit einer um 30 Proz. verringerten Unterstützung sich durchschlagen. Mit einer Beitragsquote von 40 Pf. wöchentlich würden wir der Versicherungstechnik näherkommen und wären in der Lage, zurzeit die früheren Leistungen für die Invaliden wieder einzuführen. Unsere Invalidenunterstützung war immer eine 3 u n t e r k a s s e. Noch weitergehende Leistungen lassen sich wohl augenblicklich, aber nicht für die Dauer, das sind Jahrzehnte, durchführen. Aus dem Meer der Vergessenheit erinnere ich hier an den Untergang der „Berliner Ortsinvalidenklasse für Buchdrucker“ sowie der Hirsch-Dunderßen Kassen, der „Deutschen Verbandssache für die Invaliden der Arbeit“ und der „Invalidenklasse des Gewerkschaftsvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter“, welche alle wegen Mangels an Mitteln ihre segensreiche Tätigkeit einstellen mußten. Es war eben stets leichter, Geld auszugeben als einzunehmen.

Bei den wachsenden Ausgaben sind auch die Rücklagen an die Beiträge um 1910 bis 1913 betragen dieselben mit 5 Proz. im Durchschnitt 175,871 Mark, 1924 schon 583 646 M., 1925 738 246 M.

Aber 50 Jahre waren die Grundpfeiler unseres Verbandes Arbeitslosen-, Kranken- und Invalidenunterstützung. Es kommt jetzt darauf an, die Fundamente derselben unter dem Druck der Neuzeit so zu stärken, daß der Bestand des Ganzen nicht zu schwer belastet wird, um weiter erfolgreich durch Einigkeit, Kollegialität und Solidarität einen festen Bau zu stiften, den Schutz und Hort der Kollegen in den Werten des Lebens. Die Selbsthilfe und das Vertrauen auf die Organisation kann auf ein halbes Jahrhundert erfolgreiches Wirken für die Kollegenschaft hinweisen. Berlin bringe auch hier die zochte Entscheidung!

B e r l i n . R o b e r t L i t t g e .

beiter auf eine menschenwürdige Existenz in allen Lebenslagen. Die Selbsthilfe darf unter keinen Umständen den Kampfswillen der Kollegen hemmen, indem sie sagen, nun, wir haben ja was wir brauchen, für was noch weiter an der Ausgestaltung der Sozialversicherung zu arbeiten.

Manigfaltig sind die Ansichten der vielen Kollegen in ihren Berichten. Auf alle einzugehen würde zu weit führen. Nur einen Punkt möchte ich erwähnen, und das sind die 20 Pf. Beitrag für den Verbandshausbau, der von sehr vielen Kollegen erwähnt wird, um bei seinem Freiwerden der Invalidenfürsorge des Verbandes zugeführt zu werden. Daß man mit diesem Extrabeitrag in absehbarer Zeit etwas Großes schaffen kann, das hat der Bau des Verbandshauses bewiesen. Ob er aber dauernden Finanzierungs einer I d e a l e n Fürsorge ausreicht, das bezweifle ich. Will man wirklich etwas G u t e s schaffen, so kommt man ohne Beitragserhöhung nicht aus. Zu einer geringen Erhöhung der Invalidenunterstützung mögen diese 20 Pf. wohl ausreichen. Will man aber nach dem Grundsatz „Los vom Wohlfahrtsamt“ verfahren, dann kommt nur eine Beitragserhöhung in Frage. Ich vertrete die Ansicht, daß eine Erhöhung der Invalidenunterstützung nur dann einen gewissen Zweck hat, wenn sie alle invaliden Kollegen in den Stand setzt, auf Wohlfahrtsunterstützung zu verzichten. Sobald er aber gezwungen ist, auch nur noch 20 bis 30 M. von dort zu beziehen, so wäre es besser, man stehe es beim alten, denn nach dem Fürsorgegesetz werden alle Einkünfte auf die Fürsorgeunterstützung angerechnet und diese dementsprechend gekürzt. Wenn also die Verbandssunterstützung sagen wir um 20 M. erhöht wird, so kommt dieser Betrag bei der Fürsorgeunterstützung in Abzug. Eine Besserstellung wird also jedenfalls nicht erreicht. Wenigstens für den Kollegen nicht, der gezwungen ist, diese Fürsorgeunterstützung in Anspruch zu nehmen. Einen Vorteil hätten nur die Kollegen, die in der glücklichen Lage sind, auf die Fürsorgeunterstützung ohnebedenken verzichten zu können, weil ihr Einkommen eben den Höchstfuß der Rücksätze erreicht oder noch übertrifft. Eine solche Unterstützungssteigerung von Seiten des Verbandes würde aber keine Unterstützung der invaliden Kollegen sein, sondern lediglich eine solche der Ländereigenen und Gemeinden, denen nach dem Gesetz die Pflicht obliegt, für Bedürftige zu sorgen. Wie dies aber geschieht, davon mögen nachstehende Zeilen ein Bild geben.

Die Sätze der Wohlfahrtspflege in den Städten sind meistens ein Drittel niedriger als die der Erwerbslosen. Die Wohlfahrtsämter der Städte haben die Rücksätze gegeben, nach denen zum Teil, bis auf einige individuelle Prüfungen, verfahren wird. Ist die Not der Ausgesteuerten in den Städten auf Grund der fargen Sätze riesengroß, so sind die Ausgesteuerten auf dem Lande direkt dem Hungertode preisgegeben. In der Gemeinde Bieber bei Offenbach herrschen in der Wohlfahrtspflege grauenhafte Zustände. Hier gibt es kein Regularität, nach dem Verfahren wird; je nach der Laune des Bürgermeisters, wie er dem betreffenden Ausgesteuerten gewogen ist, wird behandelt und unterstützt. Zurzeit sind in Bieber 13 Ausgesteuerte. Es ist interessant zu erfahren, wie ein jeder bewertet wird.

1 Mann mit Frau und 2 Kindern erhält wöchentlich	6 M.
1 Mann mit Frau und 3 Kindern erhält wöchentlich	10 M.
1 Mann mit Frau und 1 Kind erhält wöchentlich	8 M.
1 Mann mit Frau und 3 Kindern erhält wöchentlich	10 M.
1 Mann mit Frau und 3 Kindern erhält wöchentlich	12 M.
1 Mann mit Frau und 2 Kindern erhält wöchentlich	12 M.
1 Mann mit Frau und 2 Kindern erhält wöchentlich	0,0 M.
1 Mann mit Frau und 3 Kindern erhält wöchentlich	0,0 M.
1 Mann mit Frau und 2 Kindern erhält wöchentlich	6 M.
1 Bediener	8 M.
3 Bediener	0,0 M.

Von diesen Sätzen sollen die Betroffenen leben, sich kleiden und Nahrung kaufen. Wenn man bedenkt, daß die Lebensmittelpreise auf dem Lande bei weitem höher sind als in den Städten, so tollt sich ein Bild des grauenhaften Elends vor unsern Augen auf.

Bemerkt muß ausdrücklich werden, daß jetzt sogar die Renten der Invaliden, die sie von der Invalidenversicherung beziehen, auf die Rücksätze v o l l angerechnet werden sollen.

Wenn man also von Seiten des Verbandes die Selbsthilfe weiter ausbauen will, dann wäre es sehr zu begrüßen, wenn man dann auch die Unterstellungen zu festsetzen wollte, daß kein Kollege Wohlfahrtsunterstützung in Anspruch zu nehmen braucht, und daß die Zuwendungen des Verbandes ihm neben seiner Rente ein bescheidenes Existenzminimum sichert, das prozentual nach dem jeweiligen ortsüblichen Tarifminimum bemessen wird.

Die hierzu notwendige Beitragserhöhung wird aber jedenfalls die Opferwilligkeit der Kollegenschaft zuviel in Anspruch nehmen, darum möchte ich hier einen neuen Vorschlag machen.

Wie wäre es, wenn man die gegenwärtig so viel umstrittene Frage der Versorgung der Invaliden, der Witwen und Waisen, der Erwerbslosen und Kranken von Seiten des Verbandes einmal den Tarifinstanzen unterbreiten und bei den Tarifberatungen in den Vordergrund stellen würde, wenn man auf tariflicher Basis die Prinzipale zur Mithilfe interessierte? Dies wäre meiner Ansicht nach bei gutem Willen auf beiden Seiten ohne große Schwierigkeiten zu erreichen, und die Opfer, die gebracht werden könnten, würden nicht sehr drückend sein, wenn man nach folgendem Modus verfahren wollte. Ich denke an die Einführung einer Opferstunde, einer Stunde Mehrarbeit in der Woche, für die vom Prinzipal, sagen wir, 2 M. vergütet wird. Diese 2 M. sollen aber einem Unterstützungsfonds für oben erwähnte Unterstellungen zugeflossen. Auf diese Weise käme ein Beitrag von 8 M. monatlich auf jeden Kollegen zusammen, der von beiden Seiten, Gefassen wie Prinzipalen, nicht als sehr drückend empfunden zu werden braucht. Für den Kollegen würde es eine tägliche Mehrarbeit von 10 Minuten bedeuten, für den Prinzipal würde die Bezahlung von 2 M. pro Stunde sich der Berechnung derselben im Durchschnitt nähern. Auf diese Weise kämen aber Mittel zusammen, die ausreichen, das Krankengeld der Ortskassen, die Bezüge der Erwerbslosen, die Renten der Invaliden auf ein gewiß ausreichendes Lebensexistenzminimum zu ergänzen. Außerdem wäre man wohl in der Lage, noch der Versorgung der Witwen und Waisen näherzutreten. Einer großen Anzahl von Prinzipalen gegenüber ist ein solcher Gebanke wohl etwas gewagt. Es dürfte aber auch viele humane und einsichtsvolle Prinzipale geben, die sich einer solchen Idee nicht verschließen. Nur darf man aber auch auf Selbstheißigkeit nicht engberzig sein und diese Stunde Mehrarbeit als Durchbrechung des Achtstundentages ansehen.

Wenn ich die einzelnen Anträge zum Verbandstag übersehe, so muß ich konstatieren, daß eine überwiegende Zahl „günstiger“ einer „Verbesserung“ der Unterstützungsleistungen gestellt sind. Bei näherer Beurteilung derselben fällt mir bei vielen die allzu große Staffellung auf. Ich kann mich für eine solche nicht erwärmen und würde am liebsten sehen, wenn man sich auf höchstens nur zwei Staffeln einigen wollte. Geht man wirklich von dem Gedanken aus, Not lindern zu wollen, dann muß man hier auf alten Brauch verzichten und mehr das Ideale in den Vordergrund stellen. Ich meine damit, daß man einen Kollegen mit 750 bis 1000 Beiträgen in der Qualität gerade so einschätzt wie einen solchen mit 2000 Wochen, und daß man eben diesem mindestens, aber nicht viel weniger an Hilfe gewährt wie dem älteren. Hat ein Kollege 1000 Wochen lang dem Verbands seine Treue gewahrt, so würde er je falls auch noch weitere 1000 Wochen gewährt haben, wenn er nicht das ganz besondere Pech gehabt hätte, schon in jüngeren Jahren Invalid zu werden. Wo ist nun die Not am größten? Jedenfalls befindet sich in den meisten Fällen der jüngere Invalid in einer schwierigeren Lage als der

Aus der alten für die neue Zeit!

(Schluß.)

Im Spätjahr 1878, nach Erlaß des Sozialistengesetzes, als der Verband als solcher von der kaiserlichen Regierung aufgelöst worden war, wurde unser Vereinigung in Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker umgewandelt und dann der Sitz nach Stuttgart verlegt. Vorher hatten wir, der Sicherheit wegen, damit uns unser Verbandsvermögen nicht konfisziert wurde, mit Hilfe des Komitees vom Schweizerischen Typographenbund das Geld, über 100 000 M., bei Banken in der Schweiz deponiert. Der damalige Verbandsausfluß konstituierte sich im Einverständnis mit den Gauvorständen als Verbandsvorstand und wurde auch von dem im September 1879 in Hannover stattfindenden Generalversammlung als solcher bestätigt. Jetzt begann erst unsere eigentliche Tätigkeit.

Ich kam als Schriftführer und Hauptverwalter neben dem verstorbenen Fr. F. z. B. der als Kassierer gewählt worden war, ins Bureau, während Diboldy als Vorsitzender die Leitung übernahm. Die Korrespondenz mit Härtel, der mein Lehrenter als Gewerkschaftler gewesen ist, und mit den Gauvorständen, besorgte ich ebenfalls, während Diboldy nur die Richtung angab, wie die Briefe beantwortet werden sollten. Diboldy hatte nämlich eine schauerhafte Handschrift, die nur Eingeweihte entziffern konnten, wahre Hieroglyphen. Somit war er aber ein ausgezeichneter Agitator und Organisator und hat in diesem Sinne viel für den Unterstützungsverein geleistet. Nur Opposition durfte man ihm nicht machen, dann wurde er wild und war nicht wärschisch in seinen Ausdrücken gegenüber seinen Gegnern.

So entsinne ich mich noch einer Sitzung im vorhergegangenen Verbandsausfluß, in welcher ich ihm entgegentrat, weil er eigenmächtig auf einer Maßregel beharrte, die ich als verfehlt bezeichnet hatte. Die Ausdrücke, die er gebrauchte, will ich übergehen; sie standen in keinem Lexikon. Am anderen Morgen, wir konditionierten damals beide als berechnende Seher in der früheren Hoffmannschen Buchdruckerei, kam er zu mir herüber in meine Gasse, um meinen Rat einzuholen wegen des Inhalts eines Briefes, der von Härtel eingelaufen war. Das vom Abend vorher war alles vergessen. So war er: er trug einem nichts nach. Groß wie Bohnenstroh im Affekt, aber nachher wieder der hilfsbereite Kollege. Er ist manches Mal mit nur 10 bis 12 M. des Sonntags aus der Druckerei herausgegangen, weil sein ganzes Dichten und Trachten auf die Verbesserung der Lebenslage seiner Mitkollegen gerichtet war. Entschädigungen für Zeitverläumdungen waren damals noch selten und sehr minimal.

Diboldy hat leider nicht ganz zwei Jahre als Vorsitzender des Unterstützungsvereins seines Amtes wachen dürfen, denn er starb als Junggelle plötzlich am 3. Dezember 1880 infolge eines Hirnschlages, etwas über 55 Jahre alt.

Nach seinem Hingang trat Franz Sutz, der von den Gauvorständen als sein Nachfolger gewählt worden war, ins Bureau ein und nahm mir die Korrespondenz mit Härtel und den Gauvorständen ab. Nur die Protokollführung in den wichtigsten Sitzungen bestielt ich neben meinem Amt als Hauptverwalter bei.

Während der Dauer des Sozialistengesetzes sind wir beide von Kollegenseite wie auch von anderer Arbeiterchaft angefeindet worden wegen unseres Verhaltens gegenüber

dem schändlichen Vorgehen der Behörden gegen den Unterstützungsverein. Unser Bestreben ging lediglich dahin, die Organisation zu erhalten, weil wir den Sitz in Stuttgart als anvertrautes Gut betrachteten, der nach Ablauf des Sozialistengesetzes doch wieder nach Berlin kommen werde, wo er in den ersten Jahren nach der Gründung auch gewesen ist.

Im Februar 1888 starb nach etwa vierwöchiger Krankheit unser Hauptkassierer Fr. F. z. B., und der Vorstand übertrug mir sämtliche Kassengeschäfte. Unser damaliger Hilfsarbeiter, Georg Durst, der jetzt noch als Invalid in Stuttgart lebt, wurde Hauptverwalter der Kasse- und Konditionsfälle, bis die Allgemeine Kasse des Vereins laut Generalversammlungsbefehl von Hamburg noch im September 1888 nach Berlin überbedelte. Ich war zu diesem Zweck ein paar Wochen in Berlin, um den neu gewählten Verbandsvorstand in die laufenden Geschäfte einzuwöhnen.

Sutz hatte sich mittlerweile mit einem Buchdruckereibesitzer in Stuttgart assoziiert, blieb aber vorerst noch ehrenamtlicher Vorsitzender der Zentralranken- und Zentralinvalidenklasse. Die Zentralrankentafel folgte bald darauf der Allgemeinen Kasse nach und so war ich allein noch als Verwalter der Zentralinvalidenklasse tätig. Kollege Durst hatte als Seher in einer Stuttgarter Buchdruckerei wieder Kondition erhalten.

Infolge ausgebrochener Streitigkeiten früherer Mitglieder der Zentralinvalidenklasse, die wegen Nichtbeteiligung am 1887er Reinkundentkampf ausgeschlossen worden waren, trat diese Klasse 1893 laut Beschluß der Weimarer Generalversammlung in Liquidation.

alte. Während bei dem jüngeren oft noch eine Anzahl unmnühdiger Kinder vorhanden sind, die zu ordentlichen Menschen erzogen und beruflich ausgebildet werden müssen, ist diese Sorge bei den älteren meistens beboben, indem die Kinder bereits selbständig sind. Damit soll nicht gesagt sein, daß deswegen der alte weniger haben soll als der junge Invalide. Ich will damit sagen, daß man eben dem jüngeren Invaliden weitensich so viel geben soll, daß es ihm wohl möglich ist, mit seiner Familie zu existieren. Man könnte also nach einer Karenz von 750 bis 1000 Wochen schon eine etwas höhere Unterstützung geben, als in den vorliegenden Anträgen vorgesehen ist. Dann könnte man noch eine zweite Karenz von 2000 Wochen einführen, die dem älteren Invaliden oder „Alten“ etwas mehr bewilligt. Den Verbandstagdelegierten dürfte es bei den vielen Wünschen und Vor schlägen resp. Anträgen nicht leicht sein, das Richtige zu aller Zufriedenheit zu treffen, darum „Prüfet alles, behaltet das Beste“ zum Wohle der ganzen Kollegenchaft. Frankfurt a. M.

Allgemeines

Ein reicher Strauß ist es, den die Vertreter unsres Verbandes auf der 12. Tagung in Berlin zerlegen, beraten und für die Allgemeinheit das Beste daraus zum Gesetz erheben sollen. Doch auch dies wird gelingen, wie schon jedesmal früher, wenn der gute Wille zum Zusammenarbeiten im Gesamtinteresse auf allen Seiten vorhanden ist.

Zu den Anträgen 1-6 (Industrieverband) ist der Leipziger Antrag meines Erachtens der zweidienlichste. Antrag 5 (Burgstädt i. S.) wurde auch in Stuttgart - fast wörtlich - eingebracht, fand jedoch hier Ablehnung. Ob man mit einem derartigen Antrag dem Werden eines Industrieverbandes die Wege ebnet, möchte ich stark bezweifeln. Soll ein Gegeneinanderarbeiten vermieden werden, müssen derartige Unterstellungen unterbleiben. Auf jeden Fall sind es nicht wir Buchdrucker, die gegen die andern graphischen Verbände arbeiten. Ein Industrieverband erfüllt nur dort seinen Zweck ganz, wo es sich um weiterverarbeitende Industrien handelt, wo von der Gewinnung des Rohstoffes bis zum fertigen Erzeugnis Hand in Hand gearbeitet werden muß, um keine Störungen bei der Herstellung aufkommen zu lassen. Anders liegt die Sache bei der Fertigwarenindustrie. Beispielsweise fangen wir Buchdrucker ein illustriertes Werk an, sobald die notwendigen Klischees samt Text vorhanden sind. Diese Bilder werden in der Mehrzahl in fremden Betrieben hergestellt. Erst wenn der Druck bei größeren Werken erst nach Monaten, beendet ist, können die Buchbinder, wiederum in der Mehrzahl in fremden Betrieben, die ihnen zutreffende Arbeit beginnen. Den Unternehmern geht es genau so. Daher hat nur in solchen Betrieben, wo alle Sparten, Chemigraphie usw., Buchdruck, Steindruck und Buchbinderei im eigenen Hause Hand in Hand arbeiten, eine gegenseitige Unterstützung bei auftretenden Kämpfen die nötige Schlagkraft. In getrennten Betrieben fördern sie eher die Befange der Unternehmern. Wie ja schon oben erwähnt, muß der Buchbinder genau die früherer stattzufindenden Arbeitsgänge abwarten, ob er eine Bewegung der Chemigraphen oder Buchdrucker mitmacht oder ob er während dieser Zeit etwas ganz andern Zwecken Dienendes anfertigt. Kollege Stütz (Leipzig) begründet in seinem Artikel, „Zur Industrieverbandsfrage“, man kann ruhig sagen in viel zu theoretischer Abhandlung, seine Gedanken, welche ihn zum Anhänger des Industrieverbandes machen. Der Satz: „Gerade in der künftigen Aufrechterhaltung des organisatorischen Eigenlebens mehrerer verwandter Berufsgruppen, deren Arbeitsfeld von der produktionsstechnischen Entwicklung immer stärker in- und miteinander erschlossen wird, ruht der eigentliche Ausgangspunkt zu den unliebsten Formen der Auseinandersetzungen“ gilt mir als Beweis dafür, daß er als

Angehöriger der Buchdruckgroßstadt Leipzig die Entwicklung zur weiterverarbeitenden Industrie im graphischen Gewerbe kommen sieht. Das heißt, von der Papierherstellung, vom Guß bis zum Versand alles in dem und durch den eignen Betrieb herstellen lassen. Eine solche Entwicklung mag in der Großdruckerei rascher eintreten. Gegenwärtig ruht unser Beruf jedoch noch immer in seiner Mehrheit auf dem getrennten Handwerksbetriebe, ebenso derjenige auf andern graphischen Sparten. Diese Verzetzelung ist es, die dem Gedanken des Graphischen Industrieverbandes hindernd im Wege steht und auch auf lange Zeit noch hin-

Der Volksentscheid

am 20. Juni soll auf verfassungsmäßiger Grundlage zum Ausdruck bringen, daß Kreise, die nur auf Kosten anderer Menschen einüppiges Leben führen wollen, kein Recht mehr haben sollen, das deutsche Volk auch fernerhin noch auszubeuten.

Für ein solches Volksurteil nach besten Kräften zu wirken, ist Pflicht aller Volksgenossen, insbesondere aber der Arbeiterschaft, die von den ehemaligen Herrschern und ihrer Sippe nur als Knechte buretelt und behandelt worden sind!

den wird. Das zweite hindernde Merkmal, welches Kollege Stütz anführt, daß wir zu wenig ideal veranlagte Menschen haben, die nicht zuerst mit dem Stütz nachrechnen, welchen „Schad“ sie ausgeben, ist richtig, aber leider nicht aus der Welt zu schaffen, solange die materiellen Sorgen den Idealismus zerstören. Eine nochmalige Abstimmung über den Industrieverband würde kein andres Ergebnis zeitigen als die erste.

Die Anträge 7-15 (Beschränkung der Wiederaufnahme in den Verband, Faktorenfrage, Stahlhelm und Militärvereine und Einheitsbeiträge) sind nicht sehr einschneidender Natur für unser Verbandsleben. Wenn der Hamburger Beschluß in der Faktorenfrage Aufhebung findet, wird dadurch ein Anrecht gegen unsre eignen Kollegen beseitigt. Antrag 7 mag Annahme finden. Ob ein Eintrittsgeld von 1 M. oder, wie Antrag 15 will, von 1,00 M. vor Austritt schülgen, halte ich für fraglich. Solch kleine Beträge können ganz gestrichen werden. Wir erleichtern den Kassieren und dem Hauptkassierer damit bei Aufhebung des Eintrittsgeldes die Arbeit. Die meisten Mitglieder kommen aus der Lehrlingsabteilung, wo Eintrittsgeld ohnehin wegfällt. Wer würdig befunden wird, in unsern Verband aufgenommen zu werden, soll dafür kein Eintrittsgeld zahlen müssen. So dienen wir unsrer Sache am besten. Antrag 14 verlangt Veröffentlichung aller Aufnahmegegense. Dies brächte Überlastung unsrer Funktionäre und des „Kor.“ Eher wäre angebracht, alle Aufgeschlossenen und Ausgetretenen zu veröffentlichen. In einem Beispiel soll gezeigt sein, was dadurch zu vermeiden wäre: Hier kam ein Seher als Disponent in „gehobene Stellung“. Er tritt aus. Dabei vertritt er unsre Organisation jedoch als Beisitzer im Ortskrankenkassenvorstand nach wie vor, weil dort von seinem Austritt nichts bekannt wurde.

Antrag 22, welcher eine Abstimmung wegen vielleicht geringfügiger Beitragserhöhung verlangt, halte ich

für unvorteilhaft. Wegen 5 oder 10 Pf. Erhöhung 1 M. Aufstoßen herbeizuführen, hieße das Pferd am Schwanz aufhängen.

Zu den Anträgen 24-34 (Verbandstage, Zahl und Wahl der Delegierten) möchte ich nur wünschen, daß wir nicht nötig haben möchten, eine Wahl durch das Verhältniswahlsystem vornehmen zu müssen. Unliebsame Vorcommisste, wie solche früher in Magdeburg, München, Stuttgart vorkamen, könnten in kollegialer Weise geregelt werden. Verhältniswahl ist für verschiedene Parteien und Richtungen gedacht, um Minderheiten zu einer Vertretung zu verhelfen. Diesen Richtungsstreit durch Einführung des Verhältniswahlsystems auch in unsre Reihen hereinzutragen, wäre sicher nicht zum Vorteil unsrer Organisation. Ob eine Verminderung der Vertreterzahl bei den reichen Beratungskommissionen, wobei getrennte Kommissionsberatungen in größtem Ausmaß notwendig werden, vorteilhaft wäre, muß die kommende Tagung zeigen, und danach sollte gehandelt werden.

Der Antrag 37 will die 15 Proz. Rückvergütung an die Gane herabsetzen. Er mag eine Folgerung aus Antrag 49 Absatz 2 (Erhöhung der Unterfüllungen aus Verwaltungssparnissen) sein, doch wird er sicher keine freudige Zustimmung finden. Eine Beitragserhöhung in den Gauen wäre seine Folge, weil letztere heute schon an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind, und zwar trotz 15 Proz. Rückvergütung. Den Beweis mag Antrag 38 (Abtretung der Rückvergütung an einzelne Mitglieberschaften) abgeben. Antrag 46 ist der weitestgehende der gesamten Reihe. Durch ihn wird Aufhebung aller Beitrags- und Unterfüllungseinrichtungen der Gane, Bezirks-, Orts- und Spartenvereine, Schaffung des Einheitsbeitrags, Unterfüllung und Finanzierung aller vorgenannten Vereine durch die Verbandskasse gefordert. Seine Annahme hätte zur Folge, daß Antrag 37 (Verabfolgung der Verwaltungsprozente) und die Mehrheit der andern überflüssig wären. Auf dieser radikalen Umgestaltung würde die Vorarbeit für einen Industrieverband gebreut und viele Hindernisse aus dem Wege geräumt. Eine Mehrheit, wie in Leipzig, findet er auf dem Verbandstag in Berlin wahrscheinlich nicht. Findet Antrag 53 (Überführung der örtlichen Invalidentassen in den Verband) Annahme, wird sicher keine alles überschummende Mist in der Verbandskasse eintreten, dafür werden die Mitglieder, die es trägt, Sorge tragen. Antrag 93 (Dreifache Erhöhung der Maßregelungsunterfüllung) wäre nur dann tragbar, wenn Unterfüllungssätze nicht auf jene Höhe gebracht werden, wie es Antrag 87 will, d. h. im Höchstfall 2,50 M. Ortsunterfüllung, also 2,50 x 3 = 7,50 M., 7,50 x 7 = 52,50 M. Mit solchen Anträgen kann Parade gemacht, aber nicht gestreift werden.

Antrag 120 will in seinem ersten Teil grundlegende Änderungen bei der Gelberanzahlung. Es sind die Lehren aus der Inflationzeit. Am Wiederholungen jener Art vorzugeben, mag er Ausnahme finden. Trotzdem soll nicht verkannt werden, daß gewisse Nachteile damit verbunden sind. In Grundwerten angelegte Gelder können, ohne Verluste zu bringen, nicht ohne weiteres und in kürzester Frist flüssig gemacht und viel eher einer Beschlagnahme unterworfen werden, als bankmäßig angelegtes Geld.

Antrag 157 fordert für Mitglieder, welche nach 1950 bzw. 2200 Beiträgen invalide werden, täglich 5 M. Unterfüllung. Nach deren Ableben soll ihre Witwe täglich 3 M. erhalten, außerdem sollen die Kriegsdienstjahre angerechnet werden. Dies ist reichlich viel auf einmal und unausführbar. Selbst dann nicht, wenn der Beitrag erhöht wird, wie es dieser Antrag vorsieht, und nebenbei die vielen lokalen Invalidentagungen ab 1927 dem Verband zugewiesen werden müßten.

Antrag 165 will eine Pensionskasse vom 60. Lebensjahr ab, die Anträge 169-178 bezwecken die Einführung von

Das Jahr darauf, am 10. Oktober 1894, starb auch Sulz plötzlich infolge eines Herzschlages, erst 46 Jahre alt, und J. Wegner, der ebenfalls schon gestorben ist, wurde sein Nachfolger als ehrenamtlicher Vorsitzender der Zentralinvalidentasse.

Ich verwaltete die Kasse weiter, denn ich hatte mich mittlerweile nach etwas andrem umgesehen und mich 1895, nach vorübergegangener Kondition als Buchhalter in einer Stuttgarter Buchdruckerei, um den vakant gewordenen Posten eines Verbandsrevisors der süddeutschen Konsumvereine beworben und denselben erhalten. Diese Tätigkeit habe ich 25 Jahre lang ausgeübt, bis ich wegen zunehmenden Alters das Reisen aufstehen mußte. Da ich, wie bereits bemerkt, die Liquidationsgeschäfte der Zentralinvalidentasse nur nebenbei noch mitbelegte, so wurde auch diese Kasse laut Beschluß der Münchner Generalversammlung Anfang 1903 von Döblin und Giffert, die auf der Rückreise von einer Sitzung des Internationalen Buchdruckerssekretariats Stuttgart berührten, ebenfalls nach Berlin geholt, und meine Tätigkeit als Verbandsbeamter hörte nach 24jähriger Dauer auf. Wenn ich die früheren Jahre, die ich im Stuttgarter Ortsverein als Schriftführer und später als württembergischer Gauvorsitzer tätig gewesen bin, mitrechne, so sind es über 30 Jahre, die ich für den Verband in meinen jüngeren Jahren gewirkt habe. Von den Beisitzern des früheren Stuttgarter Vorstandes leben noch als Invaliden die Kollegen F. Leiser und W. Sieburg.

Bildung macht frei! heißt ein altes Sprichwort, und das haben die Buchdrucker wohl zu würdigen gewußt, indem sie sich aus der Behaglie, in die sie vor mehr als zwei Menschenaktern verfallen waren, mutig emporraffen und eine

Bereinigung gründeten, um sich gegenseitig zu unterstützen, weiter auszubilden und demzufolge auch die Lebenslage jedes einzelnen zu verbessern zu helfen. Wenn sie auf diesem Gebiete mehr erreichen als die Angehörigen anderer Gewerbe, so lag dies hauptsächlich daran, daß Parteipolitik und Religion bei ihren Bestrebungen innerhalb des Verbandes aus dem Spiel gelassen wurden und man nur die internen Fragen des eignen Berufes in den Bereich der Diskussion zog. Auch in unsrer Gewerkschaft kann jeder nach seiner politischen Fassung selbigen werden, wenn er nur die Bestimmungen des Statuts innehat. Bei politischen Wahlen weiß jeder von uns, wohin er halten muß. Denn:

Ein guter Mensch in seinem dunklen Drange, Ist sich des rechten Weges wohl bewußt.

Wenn ich die langen Jahre meiner gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Tätigkeit, im ganzen über 55 Jahre, im Geiste an mir vorüberziehen lasse, so muß ich sagen, daß sie zwar reich an Arbeit gewesen sind, aber ich habe auch viel Freude erleben und manche Bekanntschaften, namentlich auf den früheren Buchdruckertagen und den Generalversammlungen, unter den Kollegen machen dürfen. Viele von den früheren Freunden und Bekannten dead schon lange der grünen Rasse, oder ihre Körper sind in Asche verwandelt worden. Auch meine Lebensstage sind gezählt. Wie lange wird es noch dauern, bis ich ebenfalls zur großen Armees Gutenbergs eingereiht sein werde? Es ist ja ein notwendiges Naturgesetz, daß die Alten von den Jungen abgelöst werden müssen; es ist aber auch ebenso notwendig und Pflicht der älteren Kollegen, dafür zu sorgen, daß der Nachwuchs so erzogen wird, daß er in dem Sinne und

Geiste weiterarbeitet, wie wir Alten es in den 60er Jahren seit Bestehen der Organisation ihnen gezeigt haben. Wie viel Tränen haben die Buchdrucker seit Gründung des Verbandes schon getrocknet und Hilfe gefordert bei unverschuldeten und in Not geratenen Kollegen!

In bezug auf diese wohlthätigen Unterfüllungen, die der Verband in den langen Jahren seines Bestehens geleistet, möge zum Schluß meines Artikels ein Gedicht des verstorbenen schwäbischen Dichters Karl Gerot hier Erwähnung finden:

Auf den Tafeln der Geschichte in Grant und Marne weilen, Schreiben mit des Schwertes Golde werden ihre Namen eilt. Wie der Heerführer Jagen fähret ein schöpferischs Talent, Seines Reiches Weiserwert auf Papier und Pergament. Aber sähber als in Välder, besser als in Stein und Erz, Schreibe ich dich mit Velebestalen in ein dankbar Menschenbera.

Ich bin zu Ende mit meinen Lebenserinnerungen. Wenn ich fromm veranlagt wäre, so könnte ich jetzt an meinem Lebensabend mit einer kleinen Variation den bekannten Bibel spruch anwenden: Nun lässest du deinen Diener in Frieden fahren, ich habe die Verwirklichung des Ideals meiner Jugendträume, die Errichtung unsres Verbandshauses, noch mit erleben dürfen!

Mögen die Delegierten der Jubiläumsgeneralversammlung durch zu fassende Beschlüsse das vollenden, was wir Alten gestiftet und bisher gepflegt haben: die weitere Festigung des Bollwerks unsrer Vereinigung, des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Deshalb dem Berliner Verbandstage ein kräftiges Glückauf!

Mit kollegialischem Gruß Euer alter, einundachtzigjähriger

F. Arndts.

Witwen- und Waisenunterstützung. Welche Erhöhung müßte der Beitrag bei solchen Unterstützungsleistungen erfahren? Damit der Humor zu seinem Rechte komme, will Antrag 177 jene Kollegen, die mit über 50 Jahren heiraten, nur Frauen älterer Jahrgänge zugehen, sonst wird kein Witwengeld gewährt. Dieser Antrag ist nicht überflüssig. Wer mit über 50 Jahren nochmals heiratet, braucht eine ältere, vernünftige Frau, schon aus dem Grund, daß nicht auch noch später Waisenunterstützung in Frage kommt! Die Anträge 180—183 (Anrechnung der Beiträge in der Invalidenunterstützung für Kriegsteilnehmer) können nicht zur Ruhe kommen. Eine gewisse Berechtigung kann ihnen nicht abgesprochen werden. Die vielen Kriegsteilnehmer, die dazu noch das Pech hatten, zwei oder drei Jahre aktiv dienen zu müssen, können erst 6—7 Jahre später ihre Invalidenunterstützung erhalten als die Nichtsoldaten. Dem steht entgegen, daß für nicht gezahlte Beiträge keine Leistungen beansprucht werden können. Vielleicht ließe sich auf Grund des § 6 Abschn. 4 ein Ausweg schaffen. Diejenigen Kollegen, welche einen durch den Verbandstag festzusetzenden Betrag für ihre Militärdienste- oder Kriegsdienstzeit durch so viele Jahresraten, je nach der Dauer dieses Dienstes, nachbezahlen wollen, sollten dies können, um dadurch in den früheren Genuß der Invalidenunterstützung treten zu können. Dabei sollten nur ganze Jahresraten und keine Teile solcher bezahlt werden dürfen.

Die Annahme des Antrags 46 (Schaffung eines Einheitsbeitrags) würde Antrag 190 (Unterstützung technischer Kurse der Sparten) überflüssig machen. Die Anträge 192 bis 200 (Vehrlingsabteilung und -ordnung) haben ganz Eigenartiges gemeint, 194 zum Beispiel, der Kostgelder von 9,60 bis 28,80 M. in der Spitze und im dritten Lehrjahr fordert, würde die Prinzipale nicht abhalten, Lehrlinge einzustellen, sondern die Eltern geradezu veranlassen, alle der Schule entwichenen Jungen unserm Verzuge zuzuführen. Auf diesen Antrag näher einzugehen, verbietet tatsächliche Erwägungen. Die Anträge 199 und 200 (Anstellung eines Jugendsekretärs) dürften Annahme finden.

Antrag 201 (weitere Kürzung von Versammlungsberichten im „Korr.“) ist gut gemeint, aber wo fängt das Allgemeininteresse an und wo endet in dieser Frage das Iotale.

Die Anträge 203 bis 205 behandeln tarifliche und Lohnfragen. Hier können nur begrenzte Vorschläge für unsere Vertreter festgelegt werden. Bei Tarif- und Lohnabschluß hat man mit der Gegenseite zu verhandeln. Laßt unsern Vertretern in Zukunft freie Hand. Wenn, wie im Antrag 208, unbedingte Sicherung des Achtfundentages verlangt und gleich hinterher die 44-Stunden-Woche für die Allgemeinheit und die 36-Stunden-Woche für die Sparten mit hochproduktiver und stark gesundheitsförderlicher Arbeitsweise beantragt wird, ist dies ein Gegenatz, der zu noch viel mehr Streitigkeiten Anlaß geben würde als die Maßfeier. Antrag 223 (Verleihen von Gehissen) dürfte heute schon Geltung haben.

Antrag 282 (Internationale Vereinigung der Berufsverbände) mag aufrichtig gemeint sein, nur sollte die russische Bruderorganisation zuerst daran denken, unsere Kollegen mit Amsterdamer Einstellung in Rußland aus den Gefängnissen zu entlassen. Solange dies nicht der Fall ist, hat die Verschmelzung der Amsterdamer und Moskauer Gewerkschaftsbewegung noch weite Wege.

Der Antrag 284 (Sammlung von Schiedsamturteilen) wird Annahme finden und zum Teil schon vorbereitet sein. Daß die Anträge 308 bis 320 (Ferienheime und Gründung eines Invalidenheimes) wenig Aussicht auf Annahme haben, ist bebaurend von meinem Standpunkt aus. Nach den Artikeln darüber ist jedoch nichts anderes zu erwarten. In den Ferienheimen könnten die alten alleinlebenden Kollegen eine ihrem Wesen zuträglichste Aufnahme finden. Aber hier kommen ja die Materialisten mit dem schwersten egoistischen Gefühl und lehnen alles ab. Andere Gewerkschaften nehmen einen andern Standpunkt ein. Auch bei uns wird später eine andre Einstellung Platz greifen.

Die Anträge 321 bis 325 (Gehälter der Verbandsangestellten) schiefen zum Teil weit über das Ziel. 321 will das Gehalt der Verbandsangestellten auf 72 M. in der Spitze und Woche festsetzen. 325 kommt zu einem andern Ergebnis. Er hält an unserm alten gewerkschaftlichen Standpunkt fest, indem er verlangt: Verschlechterungen gegenüber der bisherigen Höhe der Gehälter sollen nicht eintreten. Am 72 M. Wochenlohn dürfte sich meines Erachtens jeder Angestellte weigern, zu arbeiten, um dabei noch die Zielscheibe der Kritik eben jener Kreise, die solche Anträge stellen, abzugeben.

Damit sind die wesentlichsten Anträge besprochen. Möge der Verbandstag jenen Verkauf nehmen, der unsern Gewerkschaft zum Nutzen gereicht und das Allgemeinwohl der Gesamtarbeiterschaft fördern helfen.

Stuttgart.

Erwiderung

Mein Kollege H. aus Leipzig hat in der Nr. 42 des „Korr.“ unter dem Schutze der Anonymität, was seine persönliche Stärke noch besonders kennzeichnet, in einer ihm eignen lebenswichtigen Form eine Attacke gegen meine im „Korr.“ Nr. 38 zur Industrieverbandsfrage zum Ausdruck gebrachte Auffassung zu unternehmen versucht. Bei seiner Polemik ist er jedoch nur im Schimpfen festgeblichen. Mir scheint, die angebliche Wagenvermittlung bei meinem Kollegen H. ist nicht nur auf den von ihm be-

merkten Herd beschränkt geblieben, und demzufolge sind ihm auch stichhaltige Argumente gegen meine Darlegungen nicht eingefallen. Einige aus dem Zusammenhang meines Aufsatzes herausgerissene, dazu noch völlig mißverständliche Sätze und die Feststellung einiger Entgleisungen von Personen eines andern Berufsverbandes bilden den Hauptinhalt seiner Darlegungen. Mit Schimpfwörtern gegen Andersdenkende und einigen oberflächlichen Bemerkungen über unliebsame Erscheinungen, deren Ursachenherd auch noch verkannt wird, lassen sich Auseinandersetzungen um den besten Weg zur Lösung gesellschaftlicher Probleme, zu denen auch das Ringen um die jeweils zweckmäßigste Organisationsform gehört, nicht führen. Als Grundsatz für sein zukünftiges Wirken empfehle ich meinem Kollegen H. aber, die sachlich behandelte Auffassung anderer Menschen so zu achten, wie er es selber von andern Menschen auch ihm gegenüber erwartet. Mehr zu sagen zu den Darlegungen des Kollegen H. halte ich für überflüssig, denn seine Art von Polemik trägt den Stempel der Verurteilung schon in sich.

Leipzig.

Stütz.

Die Redaktion hat mir vorstehende Erwiderung des Kollegen Stütz vor ihrer Veröffentlichung zugesandt, weil eine Aufnahme meiner eventuellen Antwort darauf vor dem Verbandstag nicht mehr möglich wäre, wenn ich diese erst nach Kenntnisnahme der Stützischen Erklärung im „Korr.“ einfinden würde. Ich danke der Redaktion für diese Objektivität, habe jedoch zur Sache selbst nur folgendes zu sagen:

Daß ich die Industriereverbandsspitze anonymer zerpflückt habe, kommt daher, daß man hier in Leipzig als gewöhnlicher Baugast allerdahin auszufressen hätte, wenn man sich erlauben würde, öffentlich nicht in das gleiche Horn zu tuken wie unser zweiter Gauvorsitzender. Das kann man sich ersparen, zumal es in Leipzig noch viel wichtigere Sorgen der Kollegschaft gibt als das Industrierebandsproblem. Außerdem dürfte jeder Kenner der Arbeiterbewegung seit dem November 1918 zwischen den Zeilen des Artikels von Kollegen Stütz über den Industrieverband in Nr. 38 des „Korr.“ herausgesehen haben, daß dahinter ein erhebliches Quantum jenes Geistes steckt, der mehr als genug dazu beigetragen hat, daß heute die Arbeiterschaft an Einfluß und Macht nicht besser dasteht. Ich lege aber trotzdem der Beurteilung meines Artikels in Nr. 42 des „Korr.“ in der vorliegenden Erwiderung des Kollegen Stütz keine so kraßbürtige Bedeutung bei wie ihr Verfasser. Denn mit solchen Retourkutschen wird zwar die Sache nicht besser, wohl aber noch deutlicher unerkennbar, daß Kollege Stütz keine Kritik vertragen kann, ohne mit gelehrtem Augenaufschlag nach außen im Innern fürchterliche Rage zu brüten. Im übrigen möge sich Kollege Stütz über meinen Namen beruhigen; er ist nicht minder ehrlich als seiner, nur bedeutet er in Wirklichkeit das Gegenteil des seingigen.

Leipzig.

S.

Korrespondenzen

Bremen. Ihre Bezirksversammlung am 12. Mai hatte nur schwachen Besuch aufzuweisen. Ein Antrag auf Vertagung der Versammlung sowie ein weiterer, den „Bericht vom Goutag“ von der Tagesordnung abzusehen, wurden nach kurzen Ausführungen des Kollegen Kuhn abgelehnt. Bezirksvorsitzender Gokert gedachte ehrend eines verstorbenen Kollegen, dessen Andenken von den Anwesenden in üblicher Weise geehrt wurde. Hierauf gab der Vorsitzende einen kurzen Überblick über den englischen Generalkongress. Wegen Restierens wurde ein Druckerkollege dem Gauvorstand zum Ausschluß empfohlen. Dann erstattete der Vorsitzende Gokert Bericht vom Goutag. Der Bericht vom Drisanstuf, den Kollege Grebe gab, löste Kritik aus. Ebenso wurde die Aufstellung des Gats der Bremer Arbeiterkammer einer Durchsicht und Vorgesprechung unterzogen. — Nachdem eine Nachbewilligung sowie die Wahl der Beisitzer zum Gauvorstand ihre Erledigung gefunden hatten, wies der Vorsitzende noch auf das Verbandsjubiläum hin und ersuchte um rege Beteiligung.

Dortmund. Ihre zweite diesjährige Bezirksversammlung am 16. Mai in Hamm wurde durch die „Typographia“ (Dortmund) mit mehreren Lieberovorträgen eröffnet. Vorsitzender Estermann begrüßte die Erschienenen, speziell unsern zweiten Gauvorsitzer Löschner (Köln), sowie die Bezirksvorsitzenden von Hagen und Münster, die Kollegen Rentrop und Meister. Die geschäftlichen Mitteilungen waren schnell erledigt, immerhin muß aber betont werden, daß die Kollegen bei Konditionsangeboten im eigenen Interesse unbedingt bei den maßgebenden Instanzen Erklärungen einbringen. Am Arbeitsnachweis Dortmund sind augenblicklich 30 Drucker und ebensoviele Seher eingetragen; soll aber der Arbeitsnachweis funktionieren, so dürfen die Kollegen die Anmeldung nicht vergessen. Der Rassenbericht lag gedruckt vor, und dem Kassierer, Kollegen Koppeler, wurde einstimmig Entlastung erteilt. Das Hauptinteresse beanspruchte der interessante Vortrag des Kollegen Löschner: „Gewerkschaftliche und berufliche Tagesfragen“. In ziemlich zweifelhafte Ausführungen detaillierter der Redner dieses Thema. Der reiche Beifall und die Aufmerksamkeit der Anwesenden waren gewiß ein Zeichen, daß der Vortragende aktuelle Tagesfragen behandelte. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Dortmund bestimmt.

Hamburg-Altona. Am Vormittag des 16. Mai fand aus Anlaß des 60jährigen Verbandsjubiläums im prächtig mit Blumen und Grün geschmückten großen Saale des „Gewerkschaftshauses“ eine Festveranstaltung statt. Das Orchester des Hamburger Stadtkonzerts leitete die Feier mit dem trefflich geglückten Meisterjüngervorpiel ein.

Kollege Kunzler begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen wie auch die Gäste aus den Reihen der andern Gewerkschaften, des Arbeiterrats, des Hamburger Senats usw. und begrüßte die 33 Kollegen, die auf eine mehr als 50jährige Mitgliedschaft im Verbands zurückblicken können. Dem Kollegen Hermann Krz als ältestem Mitglied des Gaus, der dem Verband seit seiner Gründung angehört, überreichte er als bleibendes Andenken eine Briefkastlade (mit entsprechendem Inhalt). Senator Dr. Matthäi begrüßte namens des Hamburger Senats in längeren Ausführungen den Verband zu seinem Jubeltag. Er hob vor allem den Buchdruckerverband als Bahnbrecher auf dem Tarifvertrags- und Unterweisungswesen hervor. Darauf brachte die Liebertafel „Gutenberg“ unter Leitung ihres trefflichen Dirigenten Hansen-Teibel (der auch das Orchester dirigierte) Mendelssohn-Bartholdys Festgesang an die Künstler zu Gehör. Die Festrede des Kollegen Graßmann, die nun folgte, rief den Anwesenden die Arbeit des Verbandes in der Vergangenheit ins Gedächtnis und endete mit einem Ausblick auf die vielgestaltige Arbeit, die in Zukunft von den freien Gewerkschaften zu bewältigen sein wird. Nach dem reichen Beifall, der dieser Rede folgte, brachte das Orchester die Kiensieduvertüre meisterhaft zu Gehör. Und am Schluß rief Illmanns Heiliges Feuer, von der Liebertafel „Gutenberg“ gesungen und vom Orchester begleitet, alle Herzen mit empor. So klang die Festversammlung aus mit dem Gelächern, weiterwirkten für die Ziele der Arbeiterklasse. Die Jubilare blieben, von Vorstand und Verwaltung des Gaus geladen, noch ein paar Stunden bei Speise und Trank gemüthlich beisammen. In zwanglosen Reden wurden manche Erinnerungen ausgetauscht und alte Freundschaften wieder erneuert.

Karlsruhe. (Korrekturen.) Ihre Sparte hielt am 16. Mai ihre diesjährige außerordentliche Versammlung in Bruchsal ab. Nachdem einige berufliche und organisatorische Angelegenheiten erörtert waren, wurde Kollege Weiner als Vertreter des Oberrheinischen Korrekturenvereins für den Korrektorentag in Berlin gewählt. Nach der Versammlung wurde das bauinspektoral hervorstechende Bruchsaler Schloß besichtigt und sodann ein Rundgang durch die an historischen Werkwürdigkeiten reiche Stadt unter der kundigen Führung des Kollegen Hamninger unternommen.

Mannheim. In unserer Bezirksversammlung am 17. Mai gelangte ein Kollege zur Aufnahme. Unter „Geschäftlichem“ berichtete der Vorsitzende über eine Überschreitung der Zehlfünftelrate in verschiedenen Druckereien, die Kollegen auffordernd, diesbezüglich wachsam zu sein und jeden bezartigen Fall zu melden. Beglückwünscht die gemeldeten Fälle sind die notwendigen Schritte eingeleitet worden. Im Anschluß an die Morgenfeier anläßlich des 60jährigen Verbandsjubiläums am 18. Juni (vom Gau veranstaltet), findet unser Johannisfest statt in Gestalt eines Gartenfestes. Nach Besprechung vom Goutag ersprach die Versammlung einstimmig einen Antrag auf Ausschluß eines Kollegen gemäß § 10 Abschn. c.

München. (Drucker.) In unserer zum besuchten Versammlung am 8. Mai kam der Vorsitzende nach Erledigung von Aufnahmen, unter denen sich auch Ingolstadt der Sparte angeschlossen, noch kurz auf den Nürnberger Drucker tag zurück. Vor allem wurde dem Verein Nürnberg der Dank für das schöne Arrangement zum Ausdruck gebracht. Der zweite bayrische Drucker tag wird ein Markstein nicht allein in der bayrischen, sondern in der gesamten deutschen Druckerbewegung sein. Zum Druckerkongress in Berlin gab der Vorsitzende das Rundschreiben der Zentralkommission über die Verteilung der Delegierten bekannt. Der hiesige Verein entsendet seinen Vorsitzenden Joseph Fellner. Außerdem fand der Vorstich des Vorstandes, eventuell noch einen weiteren Delegierten von München, einen Notationser, zum Kongress zu entsenden, Annahme. Kollege Röhrle nimmt als Kreisvorsitzender am Kongress teil. Unter „Geschäftlichem“ wurde den Kollegen eine Aufführung über Filmdruck gegeben. — Am 13. Mai konnten wir eine sehr große Anzahl Kollegen der Vereine Nürnberg, Regensburg, Augsburg, Landsbut, Freiling und Landsberg begrüßen. Es wurde ihnen Gelegenheit gegeben, die Wagenkutschfahrt Felix Böttcher (Altemann) in München zu besichtigen. Trotz des Feiertages konnten die Teilnehmer die Anlage in Betrieb sehen. Herr Altemann stellte sich wieder in vorbildlicher Weise in den Dienst unserer Sache, wofür auch an dieser Stelle bestens gedankt sei.

Köln. Am 16. Mai fand hier eine Bezirksversammlung verbunden mit der Feier des 60jährigen Verbandsjubiläums statt. Der Gesangverein „Typographia“ eröffnete den Festakt mit einem Gesangsbeitrag. Darauf schilderte Gauvorsitzer Dahle in ausführlicher Weise die Entwicklung des Verbandes von den kleinsten Anfängen bis zu seiner heutigen maßvollen Größe. Nach der Festrede gab der Gesangverein noch einige Lieder zum besten. Vorsitzender Seils sprach dem Referenten den Dank der Versammlung aus und schloß den Festakt mit einem Hoch auf den Verband. In der darauffolgenden Bezirksversammlung wurde zunächst eines verstorbenen Kollegen gedacht. Kassierer G. H. erstattete den Rassenbericht. Unter dem Punkt „Geldbewilligung“ gelangte folgender Antrag nach längerer Aussprache zur Annahme: Die Bezirksversammlung beschließt, an die ausgeschiedenen Kollegen des Bezirks pro Woche 5 M. aus der Bezirkskasse zu zahlen, mit Ausnahme der ledigen Kollegen, deren Eltern am Orte wohnen. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Giltrow gewählt. Nach Erledigung verschiedener kleiner Anfragen hatte die auch von den auswärtigen Kollegen gut besuchte Versammlung ihr Ende erreicht.

Schwering i. M. Am 13. Mai (Himmelfahrt) hatte der Bezirksvorsitzende Schwerin seine Mitglieder zur Feier des Verbandsjubiläums und zur Bezirksversammlung am 16. Mai nach Hagenow eingeladen. Aus allen Mitgliedschaften wurde der Einladung zahlreich Folge geleistet. Nach Begrüßung durch die Vertreter der Hagenower Kollegen marschierte man unter Bantrakt einer Kollegenmusikkapelle nach der etwa eine halbe Stunde vom Bahnhof Hagenow-Land entfernt liegenden Stadt Hagenow.

